

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

9.12.1868 (No. 290)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 9. Dezember.

N. 290.

Vergabezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Telegramme.

† München, 7. Dez. Abds. Die „Corresp. Hoffmann“ erklärt, die Zeitungsnachricht: Frankreich habe beim Münchener Hof gegen die Beschlüsse der jüngsten Militärkonferenz protestirt und die bayrische Regierung habe sich beist, diese Erklärung in Berlin bekannt zu geben, worauf jedoch die Konferenz resultatlos geblieben, sei vollständig aus der Luft gegriffen.

† Wien, 8. Dez. In einem kaiserl. Armeebefehl heißt es: Die Monarchie bedarf des Friedens; wir müssen ihn zu erhalten wissen. Die staatsrechtliche Umgestaltung führte das Reich auf seine historische Grundlage zurück. Die Armee hat hierdurch Bundesgenossen gewonnen: — im Glück im Unglück. Schwere Mißgeschick haben die Armee getroffen, doch ungebrochen ist ihr Muth geblieben und unerschütterlich ist mein Glauben an ihren Werth.

† Pesth, 8. Dez. Eine Honved-Deputation hat dem Kaiser den Honveddienst zur Vertheidigung des Thrones und Vaterlandes angeboten. Der Kaiser sagte: „Ich bin überzeugt, die Honvedmänner würden ihre Pflichten getreulich erfüllen.“

† Paris, 7. Dez. Abds. Heute Morgen haben die Arbeiter in den städtischen Zimmerhöfen wegen Herabsetzung ihres Tagelohns ihre Arbeiten eingestellt. Die Nationalgarde zeigt sich gut gesinnt und man hofft, daß aus dem Strike keine ernstlichen Unordnungen hervorgehen werden.

† Paris, 8. Dez. Die „Agence Havas“ glaubt versichern zu können, daß die gestern von der „Turquie“ gemeldeten Nachrichten an hiesiger gut unterrichteter Stelle für sehr übertrieben gehalten werden.

Der heutige „Moniteur“ sagt in seiner politischen Uebersicht, Graf Bis marck habe nach seiner Rückkehr nach Berlin die diplomatischen Vertreter Frankreichs, Englands und Russlands am Berliner Hof besucht, und in den mit diesen Diplomaten stattgehabten Unterhaltungen sein Zutrauen ausgesprochen, daß es gelingen werde, die guten Beziehungen der Großmächte zu einander aufrecht zu halten.

† Paris, 7. Dez. Abends. Der „Constitutionnel“ glaubt zu wissen, daß die vermittelnden Mächte von der türkischen Regierung das Zugeständniß erhalten hätten, daß dieselbe im Fall einer Weigerung Griechenlands, auf die gestellten Bedingungen einzugehen, die Ausführung der angeordneten Maßregeln doch bis zum 12. Dezember aufschieben werde.

† Madrid, 7. Dez. Die konstituierenden Cortes sind für den 11. Febr. einberufen. Die Wahlen werden am 15., 16., 17. und 18. Jan. stattfinden.

† Madrid, 7. Dez. Abds. Bis jetzt ist hier die Ordnung nicht gestört worden. Die Nationalgarde ist unter den Waffen. Einige Neugierige bewegen sich gegen die Puerta del Sol, ohne eine feindselige Haltung. Die Befürchtung eines Zusammenstoßes ist beseitigt.

† Athen, 7. Dez. Aus Anlaß der Vorgänge in Konstantinopel haben die Gesandten Englands, Frankreichs und Russlands gemeinschaftliche Schritte bei dem Minister des Auswärtigen gethan. Man hofft die Schwierigkeiten befriedigend gelöst zu sehen.

† Konstantinopel, 7. Dez. Die Pforte hat Griechen-

land eine achtstägige Frist gewährt. Die türkische Armee in Thessalien tritt Vorbereitungen zur Ueberschreitung der griechischen Grenze.

† Pera, 7. Dez., 2 Uhr Nachm. Die „Turquie“ demontirt die Nachricht, daß die Pforte von ihren früheren Beschlüssen zurückgekommen und ein Ultimatum nach Griechenland abgeben habe, dessen Antwort sie abwarten wolle. Die Pforte habe im Gegentheil sich dahin entschieden, alle Beziehungen mit Griechenland abzubringen und die Schiffe in den Grund zu bohren, welche Freiwillige nach Kreta bringen wollen. Gestern hat ein großer Ministerrath, an welchem auch die höheren Offiziere der Armee Theil nahmen, unter Vorsitz des Sultans stattgefunden; man versichert, es seien darin für den Fall eines Krieges Maßregeln getroffen. Hobbart-Pascha ist gestern Morgen von hier abgereist. Gerüchthweise verlautet, der Sultan werde unverweilt ein Manifest an sein Volk erlassen und darin die Motive des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit Griechenland auseinandersetzen.

† London, 7. Dez. Abds. An der irischen Küste haben zahlreiche Unglücksfälle in Folge des Sturmes stattgefunden. Der Dampfer „Hibernian“ ist gesunken, wobei 33 Personen verunglückt, 92 wurden gerettet.

† London, 8. Dez. Der „Times“ wird telegraphisch aus Philadelphia, 7. d., gemeldet: Die dem Kongress vorzuliegende Botschaft soll die baldige Aufnahme der Baarzahlung, Beschränkung des Papiergelds und Budgetersparniß befürworten. Die Alabama-Frage sei in einzelnen Punkten noch nicht erledigt. Die Vermittlung Amerikas zwischen Brasilien und Paraguyan sei abgelehnt. Die Botschaft befürchtet einen Indianerkrieg, befürwortet aber Heeresermäßigung und Truppenverminderung in den Südstaaten.

Deutschland.

Karlsruhe, 8. Dez. J. K. K. Hoheiten der Großherzogin und die Frau Großherzogin haben, nachdem Höchstselben am 6. Florenz verlassen hatten, gestern von Verona aus die Reise über den Brenner fortgesetzt und sind heute Nachmittag nach 2 Uhr in die Residenz zurückgekehrt.

† Stuttgart, 7. Dez. Heute hatten die Parteien in der Zweiten Kammer Gelegenheit, sich zu messen, und in der That, sie hielten sich bei der Wahl dreier Kandidaten für die Präsidentenstelle so sehr die Waage, daß nicht weniger als sieben Abstimmungen nothwendig waren, bis endlich Kanzler v. Geßler bei 90 Abstimmenden die absolute Mehrheit von 46 Stimmen erhielt, während sein Gegner Probst noch 42 hatte. Vorher standen beide im ersten Wahlgang mit je 44 Stimmen gleich, ebenso im zweiten; im dritten und vierten hatte Probst eine Stimme weniger, Geßler aber noch kein absolutes Mehr; auch im 5. und 6. war Geßler zu 45 gelangt, aber die zur Gültigkeit erforderliche Stimmenzahl war 46, die er endlich im 7. Wahlgang erlangte, während seinem Gegner Probst nur noch 42 blieben. Als zweiter Kandidat wurde gewählt: Becher mit 47 Stimmen, sein Gegner Sarwey 41; als dritter Kandidat Desterlen mit 46 Stimmen (Sarwey erhielt 31 und Frhr. v. Hofer 10).

Bei der Berathung über den dringlichen Antrag Mayer's auf Erlassung einer Antwortsadresse auf die Thronrede

ergreift zuerst Römer gegen eine Adresse das Wort. Doch beabsichtigt er damit keineswegs der Regierung einen Gefallen zu thun. Er habe zu derselben nicht das mindeste Vertrauen, da der Minister des Auswärtigen schon im Dezember 1867 eine Erklärung gegen den Eintritt Württembergs in den Norddeutschen Bund abgegeben habe, auch bei den Zollparlamentwahlen mit den Feinden Preußens Hand in Hand gegangen sei und es so zumege gebracht, daß kein einziger Nationalliberaler gewählt worden sei. Durch die Adreßdebatte würde aber in Preußen Mißtrauen gegen unser Volk geweckt und die Neigung des Auslandes, sich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen, provozirt. W id e m a n n ist für eine Adresse, damit die Vertreter des Volks ihre Wünsche und Beschwerden der Regierung darlegen. Auch müsse in die deutsche Frage Klarheit kommen. Außerdem sprachen noch Schmid, Pfeiffer, Hölder, Mohl und Mayer, wobei namentlich Mohl, der gleichfalls gegen eine Adresse sich aussprach, mit Römer wegen der deutschen Frage in heftigen Streit gerieth, im Verlauf dessen Römer den Abg. Mohl als einen Erzbureaucraten bezeichnete und nicht einmal für einen aufklärten. Die Kammer entscheidet sich ohne namentliche Abstimmung mit großer Mehrheit für eine Adresse.

In die Adreßkommission werden sodann gewählt: Frhr. v. Hofer, Prälat v. Hauber, Desterlen, Mohl, Fricker, Probst, Becher, Frhr. v. Gemmingen, Donkapitular v. Dannecker, Weith, Hölder, Sarwey, Schmid, Bollmer, Zimmerle.

München, 5. Dez. (Münch. Corr.) Seit längerer Zeit besteht bereits die Anordnung, daß die bayrischen Gesandten an den deutschen Höfen ihre Berichte an den König in deutscher Sprache abzufassen haben. Der König bestimmte nun vor einigen Tagen, daß auch die bayrischen Gesandten an nichtdeutschen Höfen sich bei ihren Depeschen nach München der deutschen Sprache zu bedienen haben.

München, 6. Dez. (Münch. K.) Die auf kurze Zeit vertagten Eisenbahn-Verhandlungen mit Württemberg sollen morgen wieder aufgenommen werden, und die württembergischen Kommissare Direktor v. Klein und Finanzrath Knapp werden heute noch hier erwartet.

Darmstadt, 1. Dez. Metz hat folgenden auf Eintritt in den Norddeutschen Bund gerichteten Antrag eingebracht:

Im Hinblick auf den bisher völlig unberücksichtigten Beschluß der Zweiten Kammer vom 4. Juni 1867, wodurch die Regierung ersucht wurde, wegen Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf alle süddeutschen Staaten, jedenfalls aber wegen Eintritts des ganzen Großherzogthums in den Norddeutschen Bund mit der Königl. preussischen Regierung sofort in Verhandlung zu treten; mit Rücksicht darauf, daß die seither verfloßene Zeit die volle Begründung dieses Beschlusses im Interesse des deutschen Vaterlandes und noch mehr zum wohlverstandenen Besten unseres Großherzogthums außer Zweifel gesetzt hat; in Berücksichtigung namentlich, daß unsere Regierung seither alle wesentlichen in Oberhessen von selbst geltenden Gesetze, Verordnungen u. s. w. des norddeutschen Reichstags unverändert auch in Südhessen einführen mußte und einführt und hiermit gerade das Ansehen und die Stellung der hessischen Staatsgewalt in einem nicht günstigen Licht erscheinen ließ, während nach Eintritt Hessens in den Nordbund 6 Abgeordnete mehr die jetzt völlig unvertretenen Interessen Südhessens im norddeutschen Reichstag wahrnehmen dürften; in endlicher Erwägung, daß die Zweitheilung Hessens tagtäglich auf allen Gebieten des öffentlichen

** Die Nemesis.

(Fortsetzung aus Nr. 287.)

Wenige Tage nachher starb sie. Garston bezeugte nach ihrem Hinscheiden so wenig Betrübnis, daß Mr. Meredith ganz entsetzt war.

„Ihre Mutter hat ihm viel zu viel hinterlassen“, sagte er zu mir, „während ich die Seite ziehend, während Garston schrie und ihn nicht zu beachten schien, „allein es ist nicht meine Schuld, ich habe mein Möglichstes gethan, es zu verhindern. Ich denke, er wird zufrieden sein. Wir werden aber trotz Allem noch von dem Mädchen hören. Mr. Garston“, rief er, „sich mit einer gewissen Ungeduld nach diesem umwendend, „meine Geschäfte und Pflichten erlauben mir es kaum, Sie lange in Ihren Studien zu stören, also nur auf ein Wort, ich bitte. Es war der ausdrückliche Wunsch der Lady Garston, neben ihrem ersten Gemahl begraben zu werden, und sie hat mich gebeten, Sorge zu tragen, daß dieser Wunsch erfüllt werde.“

„Ich kannte diesen Wunsch, Sir, sie sprach denselben gegen mich selbst aus und es ist der Wunsch vieler Jahre gewesen. Und weshalb sollte sie nicht an der Seite dieses hochachtbaren Mannes liegen?“

„Ich dachte, Sie möchten Einwendungen dagegen machen“, sagte Mr. Meredith.

Garston erhob sich rasch und sagte in würdevollem Tone: „Sie dachten nichts dergleichen, Ihre Absicht mag gut sein, allein Ihr Benehmen ist unverantwortlich. Mit einem Wort: ich kenne den Inhalt des Testaments und wir haben über diesen Punkt nichts mit einander zu verhandeln. Hier ist die Adresse meines Anwaltes in London“, fügte er hinzu, Mr. Meredith ein Papier reichend, „und nun guten Morgen!“

Mr. Meredith erröthete, sagte aber nichts und verließ unser Haus. Er vergaß diese Zusammenkunft niemals.

„Habe ich nicht davon gesprochen, daß ich nach London gehen will?“

fragte mich Garston eines Abends, einige Tage nach der Beerdigung

meiner Mutter. „Der Spaziergang heute hat mich geistig belebt und gekräftigt und ich hoffe, daß mein körperliches Befinden gleichen Schritt mit meinem Geiste halten wird. Morgen reise ich auf 4 Wochen nach London und dann — fort nach Italien.“

Diese „Spaziergang“ hatten wir auf Garston's Wunsch am Nachmittag gemacht. Von dem Gatterthor aus, den schmalen Pfad zwischen den Hecken entlang in das Thal, von dem Thal auf den Hügel — ganz derselbe Weg wie in jener unheilvollen Nacht! Wir standen vor dem perfallenen Sommerhäuschen. Welche Wälder bedeckten die Erde, nichts war zu sehen von der entsetzlichen Stelle und doch standen wir darauf.

„Eine schöne Aussicht“, sagte Garston, indem er schauderte.

„Ja, sie ist sehr schön. Frieren Sie?“

„Ich finde es kalt, recht kalt. Das ist ein eber Platz. Wie kamen wir eigentlich hieher?“ Ich glaube, daß es Niemanden einfällt, seine Schritte hieher zu lenken. Es müßte eine reine Laune des Zufalls sein, die einen Menschen herzuführen.“ Er schien befriedigt, daß er Alles so sicher hinter sich zurückließ, und wir traten langsame Schritte den Rückweg an.

„Ehe ich Sie heute Abend verlasse, Arthur“, hub Garston wieder an, da ich nicht im Stande gewesen war, etwas zu sprechen, „möchte ich Ihnen etwas anvertrauen — ein Geheimniß! Ich war nicht auf der Auktion an jenem Tage, wo ich das Haus in der Absicht verließ, mich dorthin zu begeben. Warum, das sollen Sie jetzt hören. Ich fürchtete Anna. Sie hatte mir oft gedroht, Ihrer Mutter Geheimnisse zu machen — Sie verstehen mich — und hatte mir dadurch Furcht eingeschloß. Sie sah dies und erlangte damit einen gewissen Vortheil über mich. An jenem Morgen hatte ich Gründe, zu vermuthen, daß sie während meiner Abwesenheit ihre Drohung in Ausführung bringen würde. Voll Annuß und Unentschlossenheit irrte ich in der nächsten Umgebung umher, als ich sie zu meinem Erstaunen aus dem Hause kommen und in den schmalen Heckenpfad einbiegen sah. Ich folgte ihr

und erreichte sie im Thale. Sie sagte nicht, wohin sie ging, überschüttete mich mit Vorwürfen, erneuerte ihre Drohungen (ich ahnte nicht, daß sie dieselben bereits ausgeführt hatte) und versprach Schweigen unter einer Bedingung. Und was für eine Bedingung glauben Sie, daß dies war? Daß ich feierlich gelobe, sie zu meiner zweiten Gattin zu erheben. O! abscheulich, ungläublich! Denken Sie nicht schüchtern von mir, Arthur, urtheilen Sie nicht zu streng über mich! Es entspann sich über diese Zumuthung ein heftiger Wortwechsel, sie wurde übermüthig, trotzig, heftig und —

Garston hielt plötzlich inne und wurde todtbleich. „Kommen Sie, kommen Sie“, sagte er mit einem Lächeln, das mein Blut fast gerinnen machte, „es kam zu nichts; sie war heftig und — ich verließ sie. Was aus ihr geworden ist, was kimmert das mich?“ Bei diesen Worten erhob sich Garston rasch und ging zum Zimmer hinaus. Ich sah ihn an jenem Abend nicht wieder. (Fortsetzung folgt.)

Am 6. d. ist es in dem Volkstheater von Babeloup zu Paris zu einer sehr heftigen Szene gekommen. Die Gegner der Wagner'schen Musik wollten es verhindern, daß das heute aufgeführte Vorpiel von „Lohengrin“ wiederholt werde. Hr. Babeloup mußte nach einigen Versuchen zur Wiederholung dem Widerstand weichen. Allein er nahm das Vorpiel nach Beendigung des Konzerts vor, und die Wagnerfeinde konnten sich entfernen.

Florenz, 5. Dez. Nach dem „Esercizio“ ist die historische Section des großen Generalstabs der italienischen Armee eifrig mit der Abfassung einer Geschichte des Land- und Seekrieges von 1866 beschäftigt.

Stettin, 7. Dez. Früh 9 Uhr, 1 1/2 stündiges starkes Gewitter mit tropischem Regen.

Lebens zu größeren Unzulänglichkeiten führt, stelle ich hiermit den Antrag: Großh. Regierung wiederholt und dringend aufzufordern, unverzüglich alle geeigneten Schritte zur Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf alle sächsischen Staaten, jedenfalls aber zur baldigsten Ermöglichung des Eintritts des ganzen Großherzogthums in den Norddeutschen Bund zu thun.

Wiesbaden, 7. Dez. (Frkf. Ztg.) Der Verwaltungsrath macht offiziell bekannt, daß die Regierung eine Fortsetzung der nassauischen Staatsbahn von Wiesbaden nach Frankfurt mit Einmündung in die Westbahnhöhe und ohne Berührung heftigen Gebiets zu bauen beabsichtigt.

Berlin, 6. Dez. Abendigung des Abgeordnetenhauses vom 5. Dez.

Die gestrige Abendigung dauerte von 7 Uhr bis Mitternacht. Das Resultat war schließlich die Ablehnung der Regierungsforderung — drei Regierungen für die Provinz Hannover — mit 169 gegen 166 Stimmen und die Annahme eines Amendements Kaiser-Groszke auf definitive Bewilligung der 6 Landdrosteien durch Zählen bei Aufstehen und Sitzenbleiben mit 170 gegen 156 und dann in namentlicher Abstimmung mit 172 gegen 151 Stimmen. Demnach bleibt es also bei der bisherigen Einrichtung: eine Regierung und 6 Landdrosteien, d. h. nach der Vorberatung, denn wie sich die Sache in der spätern Schlussberatung herausstellen wird, das steht bei der Kleinheit der in der gestrigen Abendigung hervorgetretenen Majoritäten noch sehr dahin. Wären bei der ersten namentlichen Abstimmung nur vier ministeriell stimmende Abgeordnete mehr anwesend gewesen, so wäre die Entscheidung im Sinne des Ministers des Innern ausgefallen. Im Ganzen stimmten (169 + 166) 335 Abgeordnete; es fehlten also — das Haus besteht aus 432 Köpfen — fast 100. Das schließliche definitive Resultat ist also trotz der gestrigen Abstimmung noch immer sehr ungewiß und zweifelhaft.

Berlin, 6. Dez. Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten war am Freitag Abend das Staatsministerium zu einer Beratung vereinigt. Der Finanzminister v. d. Heydt, welcher einige Tage an rheumatisch-fatarrhalischen Beschwerden gelitten hat, ist nunmehr von seinem Unwohlsein wieder hergestellt. — Graf Bismarck stattete gestern Mittag wieder mehrere Besuche ab. Dabei begab er sich u. A. zu dem hiesigen Gesandten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Hrn. Bancroft. Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, hatte gestern Nachmittag ein parlamentarisches Diner veranstaltet, zu welchem Mitglieder der verschiedenen Fraktionen des Abgeordnetenhauses eingeladen waren. Unter den Gästen befanden sich die Abgg. v. Fortenbeck, v. Unruh und v. Sauten-Larupischen. — Die vom Ministerium der Landwirtschaftl. Angelegenheiten eingesetzte Kommission, welche vor kurzem die Realkredit-Frage in Erörterung gezogen hat, ist mit ihren Arbeiten noch nicht ganz zu Ende. Dem Vernehmen nach hat dieselbe sich dahin geeinigt, von dem Zentralisationsplane abzusehen, daß die landwirtschaftlichen Kreditinstitute Preußens und event. des Norddeutschen Bundes in eine in Berlin zu gründende gemeinsame Kreditanstalt aufzugehen hätten. Dagegen soll nach den Vorschlägen der Kommission hier eine Zentralstelle errichtet werden, in welcher sämtliche Kreditinstitute ihren Einigungspunkt finden, ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben. Bereits sind die allgemeinen Grundzüge aufgestellt, welche für eine solche Einrichtung maßgebend sein sollen.

Am 1. Jan. 1869 werden die Postverwaltungs-Geschäfte für den Bereich der Landdrosteibezirke Osnabrück und Aurich von der Bundes-Oberpostdirektion in Hannover auf diejenige in Oldenburg übertragen. Bestimmend zu dieser Aenderung ist der Umstand, daß die Aufsicht über das Postwesen in den genannten beiden Bezirken zweckmäßiger und mit weniger Aufwand von Zeit und Mitteln von Oldenburg als von Hannover aus geführt werden kann. Außerdem war es dringend nöthig geworden, die Oberpostdirektion in Hannover von einem Theil ihrer zu umfangreichen Geschäftsaufgaben zu entlasten. — Nach einer neueren Verfügung des Marine-Departements soll die in England gebaute Panzerfregatte „König Wilhelm“ in diesem Jahre nicht mehr nach Kiel übergeführt werden. Früher war diese Ueberführung zum Monat Dezember in Aussicht genommen.

Berlin, 7. Dez. Se. Maj. der König empfing heute Morgen den Minister der landw. Angelegenheiten, Hrn. v. Selchow, und nahm dann die Vorträge des Geh. Rathes Wehmann und des Unterstaatssekretärs im Ministerium des Auswärtigen, Geh. Rathes v. Thile, entgegen. Mittags ertheilte Höchstperselbe dem aus Florenz hier angekommenen Legationsrath v. Bernhardt eine Audienz. — Ueber die Dauer des Aufenthalts der Kronprinzlichen Herrschaften in England sind mancherlei unrichtige Mittheilungen verbreitet. Wie verlautet, ist ein bestimmter Termin für die Rückkehr derselben noch nicht festgesetzt. Spätestens aber werden der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin in den ersten Tagen des Monats Januar k. J. hier in Berlin wieder eintreffen.

Ein hiesiges Blatt behauptet: Graf v. Bismarck habe seinen Wiedereintritt in die Geschäfte von der Bedingung abhängig gemacht, daß einigen hochgestellten Personen ihre Entlassung ertheilt werde. Diese Behauptung erweist sich als die Aufwärmung eines schon bei seiner früheren Verbreitung widerlegten Gerüchtes. Thatsächlich hat Graf Bismarck seine Amtsgeschäfte im vollen Umfang wieder übernommen. In hiesigen politischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß er demnächst bei den Budgetdebatten des Abgeordnetenhauses persönlich den Etat seines Ministeriums vertreten werde.

Die Zahl, die Größe und das Einkommen der Domänen nützer ist in den verschiedenen Landestheilen des preussischen Staates sehr verschieden. In der Provinz Hannover befinden sich die meisten solcher Güter, nämlich 200 mit einem Areal von 142,000 Morgen und einem Ertrag von 452,000 Thalern. Die Provinz Preußen zählt 160 Güter mit 252,000 Morgen Areal, aber nur 339,000 Thlr. Ertrag. In der Provinz Sachsen befinden sich 159 Güter mit 218,000 Morgen Areal und 823,000 Thlr. Ertrag. Die Provinz Pommern hat 158 Güter mit 253,000 Morgen Areal und 574,000

Thlr. Ertrag. Die Provinz Brandenburg zählt 145 solcher Güter; Schlesien 107; Posen 84; Westphalen nur 6; Schleswig-Holstein nur 3; der Regierungsbezirk Wiesbaden 110; die Rheinprovinz und der Regierungsbezirk Kassel gar keine Domänengüter.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 4. Dez. (Sch. M.) Da die halben Maßregeln, welche bisher die legislativen Faktoren gegen das Uebergreifen des Klerus in das rein staatliche Gebiet ergriffen haben, nicht überall von den gewünschten Erfolgen begleitet, sondern, wie klarsehende schon damals vorhergesehen, nur Anlaß zu immer erneuten Differenzen gewesen sind, so beabsichtigt die Regierung, dem demnächst wieder zusammentretenden Reichsrath durchgreifendere Anträge vorzulegen. Diefelben werden zunächst die Einführung der für Jedermann obligatorischen Zivilehe, an Stelle der jetzigen Nothzivilhe, und die Uebertragung der Zivilstands-Register aus den nicht mehr zuverlässigen Händen der Geistlichkeit in die der Behörden, sodann die Aufhebung des Art. 14 des Konkordats betreffen, welchen der Klerus so auslegt, daß durch ihn die höhere Geistlichkeit dem Arme der weltlichen Gerechtigkeit gänzlich entzogen wird. Dem hieraus sich ergebenden Zwiespalt, der in letzter Zeit zu mancherlei Erbitterung geführt hat, glaubt man nur durch gänzliche Annullirung des freitigen Artikels ein Ende machen zu können. Es wird sich wahrscheinlich bald zeigen, daß auch diese nur durch augenblicklich brennende Konflikte herbeigeführten Palliativmittel noch bei weitem nicht ausreichen, um den ungeschwächten Ansprüchen des einst übermächtigen Klerus die Anlässe zu neuen Streitigkeiten zu benehmen. Mit solchem Stüchwert ist hierbei wenig geholfen.

Wien, 6. Dez. Das Kaiserl. Handschreiben, durch welches der Reichsanzler Frhr. v. Beust in den Grafenstand erhoben worden ist, lautet:

Hoch Erleuchteter von Beust! Das verfloffene Jahr erwarb Ihnen neue Ansprüche auf meine Anerkennung. Mein Vertrauen sei Ihnen eine feste Mahnung, treu und unerschrocken auszuhalten in Ihrem Beruf. Zum Beweise meines besonderen Wohlwollens erhebe ich Sie in den erblichen Grafenstand mit Rücksicht der Taten. Wien, 5. Dez. 1868. Franz Joseph k. m. p.

Der Kaiser hat den F. M. L. Erzherzog Joseph zum Oberkommandanten der ungarischen Landwehr ernannt.

Wien, 7. Dez. Die „N. Fr. Presse“ schreibt: Aus guter Quelle geht uns die Nachricht zu, daß das Petersburger Kabinett nach Paris und London die Erklärung gelangen ließ, Rußland werde sich in dem türkisch-griechischen Konflikt dem von den Westmächten vereinbarten Vorgehen in seiner Eigenschaft als dritte Schutzmacht Griechenland anschließen. Daraus geht jedenfalls so viel hervor, daß Rußland vorderhand nicht daran denkt, den griechisch-türkischen Konflikt für die Zwecke seiner bekannten orientalistischen Politik auszunützen. „Rußland“, schreibt man uns, „muß mitthun; es Schutzmacht kann es gar nicht anders, selbst wenn es wollte.“

Hermannstadt, 6. Dez. Rumänische Proklamationen, die als Gebetsbücher eingeschmuggelt worden sind, wurden in großer Menge konfisziert.

Rumänien.

Bukarest, 6. Dez. Die Regierung brachte die mit Oesterreich und dem Nordbund abgeschlossenen Protokollentwürfen ein, und erklärte sich mit allen Gesetvorlagen der früheren Regierung einverstanden, mit Ausnahme jener über die Reorganisation des Kassationshofes, welche zurückgezogen wurde.

Schweiz.

Bern, 7. Dez. (Bund.) Der Staatsvertrag über die Grenzvereinigung bei Finstermünz hat die Ratifikation des Kaisers von Oesterreich erhalten und ist somit, da die diesseitige Ratifikation schon früher ausgesprochen worden, in Kraft getreten. Die Auswechslung der Ratifikationsurkunden wird in Bern stattfinden.

Bern, 7. Dez. (Sch. M.) Präsident Leppli eröffnete so eben den Ständerath mit einer längeren Rede, in welcher er für den Fall baldiger Zentralisation der schweizerischen Gesetzgebung die Volksabstimmung über die Gesetze als nothwendiges Gegengewicht bezeichnete. Präsident Kaiser betonte im Nationalrath, daß die Ansetzungen des Repräsentationsprinzips den Volksovertrettern gegenwärtig doppelte Verpflichtungen auferlegten.

Italien.

Florenz, 6. Dez. Die „Liberté“ ist in der Lage, folgende von dem italienischen Kabinett erlassene Note zu veröffentlichen:

Der provozirende Akt, welchen die römische Kurie so eben vollzogen hat, indem sie der Beurtheilung Montis' und Tognetti's zum Tode Folge gab, von welchem der Eine italienischer Bürger war, hat allgemeinen Tadel hervorgerufen und mit Recht die Königl. Regierung erregt. Der Unterzeichnete hat bei Gelegenheit der Interpellation, welche am 25. Nov. in der Deputirtenkammer an ihn gerichtet wurde, seine Stimme derjenigen der Abgeordneten beigegeben, um den eben so grausamen als unerwarteten Entschluß der päpstlichen Regierung zu verwerfen. Da indeß die Sitzung des Parlaments, in welcher sich das Ministerium über diesen Gegenstand ausließ, zu verschiedenen Auslegungen und zu Zweifeln über die wirkliche Bedeutung der von der Mehrheit votirten Tagesordnung Anlaß geben kann, so legt der Unterzeichnete Werth darauf, festzustellen, daß der von ihm im Namen der Regierung erhobene Protest lediglich darauf abzielte, die traurigen Wiedervergeltungsakte des römischen Hofes zu verurtheilen. Erw. Excellenz muß über diesen Punkt aufgeklärt werden. Die von der Königl. Regierung abgegebene Erklärung darf nicht einen Sinn haben, welcher ihren Intentionen zuwiderläufe: sie sollte Europa auf's neue von den unüberwindlichen Schwierigkeiten überzeugen, welche der römische Hof seiner Verhöhnung entgegenstellt, die das von dem Unterzeichneten geleitete Kabinett aufrichtig angestrebt hat. Die italienische Regierung will nicht aus der vorsichtigen und zurückhaltenden Linie her-

ausreten, welche ihr ein gegenseitiger Vertrag zwischen beiden Regierungen von Italien und von Frankreich und die gegenwärtige Sachlage eine Pflicht machen, zu respektiren. Die Ausbrüche lebhafter Ungebuld, welche die unkluge politische Aufführung des römischen Hofes neuerdings entzündete, werden die Königl. Regierung nicht hindern, fest und ehrlich ihre Verpflichtungen zu beobachten und von den moralischen Mitteln und von der Macht der Zivilisation die Lösung der Frage zu erwarten, welche sich heute mehr als jemals den gerechten Besorgnissen des Landes aufdrängt. Erw. Excellenz wird ersucht, die Regierung, bei der Sie beurlaubt sind, über die Absichten zu beruhigen, welchen der Unterzeichnete bei dieser Gelegenheit einen neuen Ausdruck zu geben die Ehre gehabt hat. Sie werden ermächtigt, diese Depesche dem Minister des Aeußern von . . . vorzulesen und Abzuschreiben davon zu hinterlassen. — Florenz, den 27. November. (Sch.) Menabrea.

Novara, 6. Dez. Das reizende Dörfchen Pella am Lago Orta ist von schwerem Unglück betroffen worden: mehrere Gebäude am Marktplatz und ein Theil des Platzes selbst sind in den See versunken.

Frankreich.

Paris, 6. Dez. Der Graf von Chambord hat folgenden Schreiben an Frau Arthur Berryer gerichtet:

Freischdorf, 30. November 1868.
Ich erfahre, Madame, das Unglück, welches Sie betroffen hat, und ich will keinen Augenblick verlieren, um Ihnen zu sagen, wie sehr ich mich aus dem Grund meines Herzens Ihrer kindlichen Betrübnis anschließe. Frankreich verliert in Berryer eines seiner edelsten Kinder, die Sache des Rechts ihren bereitetsten Verteidiger, und ich einen meiner treuesten Freunde. Ich werde Sie es mir, niemals Das vergehen, was während seiner langen Laufbahn die Kraft, den Muth und die Ehre seines Lebens ausmachten, nämlich die Befähigung in seiner Aufopferung, die Aufrichtigkeit seines Glaubens, die Wärme seines Herzens, die Erhabenheit seines Charakters, die Macht seines Wortes, die Allgewalt seines Genies. Ich werde auch nie die Dienste vergessen, die er unermüdetem Lande, meiner Familie und mir selbst geleistet hat. Seien Sie bei seinem Entel, meinem Paten, der Dolmetscher meiner schmerzlichen Sympathie, und sagen Sie ihm, daß er sich immer des Namens würdig zeige, den er trägt. Empfangen Sie die Versicherung meiner aufrichtigen Gefühle. — Heinrich.

Paris, 7. Dez. Die „Patrie“ meldet, daß der zwischen der Türkei und Griechenland drohende Bruch einseitig durch den Rath, der der Hofe von den Gesandten der Großmächte gegeben worden ist, nicht sofort ihre Beschlüsse zur Ausführung zu bringen, beseitigt ist, und daß Hoffnung vorhanden sei, einem solchen Bruch ganz vorbeugen zu können.

Der englische Gesandte, Lord Lyons, hat heute auf dem auswärtigen Amt eine Unterredung mit Hrn. v. Moutier gehabt. Die „France“, welche diese Nachricht bringt, glaubt, daß in dieser Unterredung von der Sache Griechenlands und von der Zusammensetzung des englischen Kabinetts die Rede gewesen ist. Wie der „Eclair“ meldet, hat die Hofe sich dazu verstanden, ihrer Anforderung an die griechische Regierung die Form eines diplomatischen Ultimatum zu geben und Griechenland eine Frist zu stellen, die bis zum 12. Dez. dauert. Man hofft bis dahin eine Verständigung zwischen den beiden Mächten zu Wege zu bringen.

Die „Opin. Nat.“ sagt: „Wir wissen jetzt positiv, daß die Zahl der am 3. Dez. stattgehabten Verhaftungen sich auf 72 belief. 55 der verhafteten Personen sind von dem Untersuchungsrichter, Hrn. v. Gonet, wieder entlassen, die 17 andern aber nach Mazas gebracht worden.“

Heute Nachmittag ist die vierte und letzte Serie der Eingeladenen nach Compiègne abgegangen. Man meint, der Kaiser werde gegen den 10. d. M. nach Paris zurückkehren.

Der „Gaulois“ theilt mit, daß in kurzem ein neues politisches Tagblatt unter dem Titel „L'Avant-Garde“ und unter der Direktion Victor Hugo's erscheinen wird. Unter den Mitarbeitern werden genannt: François Victor und Charles Hugo, Paul Mourice, Auguste Bacquerie, Rochefort. Man spricht auch von Gambetta. — Rente 71, Cred. mob. 292.50, Ital. Anl. 55.45.

Spanien.

* Aus Madrid gehen dem Pariser „Constitutionnel“ fortwährend die beunruhigendsten Nachrichten zu.

Die republikanische Partei — schreibt er — ist unermüdet in ihrer Propaganda. Heute kündigen die Zeitungen die Bildung des demokratischen Komites und demokratischer Manifestationen in folgenden Städten an: Lerida, Pontevedra, Casuera, Gastejon, Logaroch, Ateca, Novella, Prubia &c. In Malaga bereitet das republikanische Komitee ein Bauernmeeting in den Feldern von Alora vor. Die Komites von Antequera, Goin und den benachbarten Gemeinden sind zusammenberufen. Der republikanische Redner, D. Fernando Garibo, wird eine Anrede an die Landleute halten. Andererseits lenkt die „Nacion“ sehr dringend die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Lage in Navarra, wo die karlistische Reaktion immer mächtiger und immer thätiger werden soll. In der That scheint es, daß von dieser Seite her gegen die jetzige Staatsgewalt der erste und härteste Schlag geführt werden wird. Alles ist in Navarra für einen sehr nahe bevorstehenden Aufstand vorbereitet. Man versichert, daß das republikanische Komitee nächstens durch öffentlichen Anschlag die sofortige Einberufung der Wahlkomiteen oder die Entlassung des Ministeriums verlangen wird, da der provisorische Zustand, falls er nicht in kurzem aufhört, Unordnung und Anarchie erzeugen muß. Die Nachrichten aus der Havana sind beunruhigend. Der Aufstand leistet kräftigen Widerstand. Was die Finanzlage betrifft, so bessert sie sich nicht. Die Börse ist noch gestern gefallen und die Proz. Rente auf den Kurs zurückgegangen, der am Tage vor dem Ausbruch der Revolution notirt war. Die Aktien der Bank und die Hypothekenscheine, die, so zu sagen, unverwundlich sind, haben 3 bis 4 Proz. verloren. Die Zeichnungen für die Nationalanleihe belaufen sich heute erst auf die Gesamtsumme von 351 Mill. Reales. Die provisorische Receptivie negotiiren sich zu 70, d. h. mit 10 Proz. Verlust. Die Konfessionen sind in ihrer Anwendung auf unerwartete Schwierigkeiten. Seit zwei Monaten sind die Zolleinnahmen fast Null. Nie ward der Schleichhandel in so großem Maßstab betrieben als jetzt. Man behauptet, daß in wenig Tagen der Kriegsminister einen Befehl erlassen wird, durch welchen alle im Ausland sich aufhaltenden Generale auf-

